

Cuba kompakt

15. Dezember 2010, Ausgabe 74/75, Jahrgang 7, Herausgeber: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Köln

THEMA

Parteitag im April

Am 8. November, während einer Veranstaltung anlässlich des 10. Jahrestages des gemeinsamen Kooperationsabkommens zwischen Cuba und Venezuela, gab der cubanische Präsident Raúl Castro im Beisein von Hugo Chávez und vielen Funktionären beider Regierungen die Einberufung des VI. Parteikongresses bekannt. Dass dieser Anlass für die Ankündigung eines solch wichtigen Ereignisses gewählt wurde, war kein Zufall. Damit sollte gleichzeitig darauf hingewiesen werden, dass das Bündnis mit Venezuela für die Insel entscheidend ist. Präsident Chávez nutzte auch gleich die Gelegenheit, seine Unterstützung für die geplante Wirtschaftsreform zu äußern.

Praktisch zeitgleich wurden die „Richtlinien der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ veröffentlicht. Die 32-seitige Broschüre mit ihren 291 Punkten soll der Bevölkerung als Diskussionsgrundlage dienen. Die erste Auflage von 500.000 Exemplaren war binnen kurzer Zeit ausverkauft. Am 27. November lag die zweite Auflage bereits druckfrisch an den Verkaufsstellen.

Die erste Auflage von 500.000 Exemplaren war binnen kurzer Zeit ausverkauft. Am 27. November lag die zweite Auflage bereits druckfrisch an den Verkaufsstellen.

Parteitag beginnt schon im Dezember

Als eigentlicher Beginn des Parteitags kann der 1. Dezember gesehen werden. Von diesem Zeitpunkt an beginnen nämlich die Debatten zu den „Richtlinien“ innerhalb der Parteigruppierungen, in den Betrieben, in den Stadtvierteln, überall. Dazu gab es einen Aufruf in der Parteizeitung Granma, dass alle sich an der Diskussion beteiligen sollten. Ohne Hemmungen sollten auch abweichende Meinungen geäußert werden. Jede Sitzung muss die Ergebnisse protokollieren und alle Einwände und Vorschläge festhalten. Diese werden dann

zunächst innerhalb der Gemeinde und dann innerhalb der Provinz zusammengefasst und dem Parteitag zwecks Beratung und Diskussion vorgelegt. Dieser Prozess soll bis zum 28. Februar 2011 dauern.

Die 291 Punkte der Richtlinien schlagen grundlegende Veränderungen vor. Ein wichtiger Teil des sozialen Eigentums wird nicht mehr staatlich, sondern kooperativ sein. Sowohl Kooperativen als auch staatliche Betriebe werden über mehr Rechte, Entscheidungsmöglichkeiten und Ressourcen verfügen. Gleichzeitig wird ein neuer Sektor entstehen, der die Aufgaben übernimmt, die der Staat früher innehatte, aber eigentlich niemals richtig erfüllen konnte. Die cubanische Führung vermeidet das Wort Reform und zieht den Begriff „Aktualisierung des ökonomischen Modells“ vor.

R. F., Granma, Juventud Rebelde

WIRTSCHAFT

Cubanische Regierung entzieht Unternehmen Import- und Export-Lizenz

Die cubanische Regierung hat dem Unternehmen *Cubapetroleo* (Cupet), der Holding *Corporación Alimentaria* (Coralsa) und 14 weiteren Unternehmen die Erlaubnis entzogen, Waren ein- oder auszuführen. Cupet arbeitet auf dem Erdölsektor teilweise mit ausländischen Unternehmen und Coralsa ist die Kontrollinstanz von Exportfirmen oder Firmen, die in harter Währung für den Binnenmarkt produzieren, einige davon Joint-Venture-Unternehmen. Die Unternehmen haben 90 Tage Zeit, um anstehenden Verpflichtungen nachzukommen. 2009 hat Cupet 112 Tausend Barrels Erdöl und Derivate täglich aus Venezuela importiert, fast 78 % dessen, was die Insel verbraucht, und einen Teil des nationalen Erdöls an Dritte verkauft. Das cubanische Unternehmen und sein Pendant in Venezuela betreiben eine Raffinerie und entwickeln den Petrochemie-Komplex in Cienfuegos, beides auf den Export hin orientierte Unternehmen.

Coralsa kontrolliert unter anderem das Nahrungsmittelunternehmen *Rios Zaza*, ein Joint-Venture mit Chile, das vor einem Jahr zusammengebrochen war und mit einem Haftbefehl wegen Korruption für die ausländischen Partner Max und Marcel Marambio endete. Dazu gehören auch eine Bierbrauerei, eine Fleischfabrik, eine Abfüllanlage für Wasser und Erfrischungsgetränke und eine Mühle. Alle sind Joint-Venture-Unternehmen mit Kanada, Spanien, Schweiz bzw. Mexiko. Die Maßnahme wird mit dem Prozess der Umstrukturierung des Außenhandels begründet, wie er aus den Richtlinien für die Wirtschafts- und Sozialpolitik hervorgeht.

R. F., La Jornada

GESUNDHEIT

Gesundheitssystem – kompakter organisiert 50.000 – 100.000 Arbeiter zuviel

Die cubanische Regierung wird das Gesundheitssystem reorganisieren und kompakter gestalten. Diejenigen, die momentan zuviel beschäftigt sind, werden anderweitig untergebracht oder ins Ausland geschickt. Möglicherweise müssen einige eine Qualifikation auf einem Gebiet machen, in dem es zu wenig Fachkräfte gibt. Die medizinischen Hilfsleistungen für arme Länder wird Cuba weiterhin gratis anbieten, aber Länder, die es sich leisten können, sollen dafür bezahlen. Dadurch sollen die Ausgaben reduziert und das nationale Gesundheitssystem entwickelt werden. Cuba hat 38.000 Ärzte und medizinisches Personal in 77 Ländern, die Mehrzahl davon in Venezuela. Für deren Dienste erhält Cuba 6 Milliarden Dollar im Jahr, mehr als durch den Tourismus.

Der Gesundheitssektor, der zusammen mit dem Bildungssektor 46,7 % des Haushalts ausmacht, hat 600.000 Mitarbeiter, von denen zwischen 50.000 und 100.000 zuviel sind.

Es gibt offensichtlich zu viele Krankenschwestern, Techniker für medizinische Geräte, Laborarbeiter und Verwaltungspersonal. Ärzte jedoch gebe es nicht einen zuviel, versicherte Gesundheitsminister Roberto Morales.

In Cuba kommen auf 11,2 Millionen Einwohner 74.800 Ärzte, 11.500 Zahnärzte, 106.000 Krankenschwestern und 133.700 Techniker und Hilfskräfte, die in 291 Krankenhäusern, 498 Polikliniken, 12.000 Praxen und 338 Mütterheimen arbeiten.

R. F., Juventud Rebelde, La Jornada



Veranstaltung zum 10. Jahrestag des Abkommens zwischen Cuba und Venezuela



POLITIK

Wikileaks und Cuba – „Cuba ist eines der sichersten Länder der Welt“

Die Wikileaks-Enthüllungen haben für Cuba und Lateinamerika das bestätigt, was man ohnehin schon wusste, aber Dinge ans Tageslicht gebracht, die einer gewissen Komik nicht entbehren. So wird Cuba in einem aus den lateinamerikanischen Botschaften nach Washington gesandten Berichten als eines der sichersten Länder der Welt bezeichnet. Sichere Länder gibt es für US-Staatsangehörige gewiss nicht allzu viele auf der Welt. Seltsam daran ist nur, dass ausgerechnet ein solches Land auf der Liste derer steht, die den Terrorismus begünstigen und deshalb gnadenlos bei jeder Finanztransaktion von US-Behörden ver-

folgt werden. Wenn wir nicht schon vorher gewusst hätten, dass die ganze US-Politik gegenüber Cuba auf Lügen basiert, so hätten wir jetzt den Beweis. Aber er nützt uns natürlich nicht wirklich, da die Medien, denen Wikileaks seine Dokumente zugespielt hat, Teil des Systems sind und nur das veröffentlichen, was ihr Weltbild nicht durcheinander bringt.

Auch auf dem XX. Ibero-Amerikanischen Gipfel war Wikileaks ein Thema. Der cubanische Außenminister Bruno Rodríguez sagte, dass die Wikileaks-Enthüllungen deutlich machten, dass die USA Diplomatie mit Spionage verwechselten

und er fügte in Bezug auf Präsident Obama und seine Cuba-Politik hinzu: „Abgesehen vom nettem Lächeln und liebenswerten Worten hat sich nichts geändert.“

Nach Meinung des venezolanischen Außenministers Nicolás Maduro zeigen die Enthüllungen „eine immense Operation von politischen Intrigen, Spionage, Suche nach Einflussnahme mit illegalen Mitteln und die permanente Verfolgung gegen die bolivarianische Revolution und das venezolanische Volk“. Der bolivianische Vizepräsident Alvaro García Linera bat die Länder der Region, insbesondere Argentinien, inständig, sich nicht auseinanderzudividieren

zu lassen. Aus einigen veröffentlichten Enthüllungen ging nämlich hervor, dass die argentinische Präsidentin gewillt sei, in Bezug auf Bolivien mit den USA zusammenzuarbeiten und Evo Morales als „schwierig“ bezeichnet habe. Christina Fernández sagte, dass Transparenz die beste Verteidigung gegen Konspiration sei und man nicht zulassen dürfe, dass solche Vorfälle Distanz zwischen ihren Ländern schafften.

Christina Fernández ihrerseits war in Berichten aus der US-Botschaft in Buenos Aires als „psychisch gestört“ bezeichnet worden.